



4652 Winznau, 20. November 2024

Budget mit einem Defizit – trotz Sparmassnahmen

Der Winznauer Voranschlag 2025 rechnet mit einem Minus von gut CHF 244'000.

Die Einwohnergemeinde Winznau hat für das kommende Jahr etliche Sparmassnahmen beschlossen. Dennoch resultiert ein Defizit von gut CHF 244'000. Verantwortlich sind die teils massiven Anstiege der gebundenen Ausgaben, welche durch die Gemeinden nicht beeinflusst werden können. Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen bleibt dennoch unverändert bei 121 Prozent.

Der Handlungsspielraum der Gemeinde Winznau wird weiter kleiner. Die teils massiven Anstiege der sogenannten gebundenen Ausgaben, welche durch die Gemeinde nicht beeinflussbar sind, belasten Winznau zusätzlich. Deshalb musste der Gemeinderat während intensiven Budgetdebatten die eigenen Ausgaben in sämtlichen Bereichen des Budgets kürzen, sodass dieses sich ausgewogen darstellt. Trotz der umfassenden Verzichtsplanung hält der Gemeinderat weiterhin an seiner Unterhaltsstrategie fest. Die Infrastruktur der Gemeinde darf weiterhin nicht vernachlässigt werden, und der Werterhalt soll erhalten bleiben. Darüber hinaus hat das zuständige Departement des Innern den Gemeinden erneut mitgeteilt, dass das prognostizierte Kostenwachstum im Bereich der Sozialen Sicherheit gegenüber dem bereits im letzten Jahr stark gestiegenen Pro-Kopf-Beitrag wahrscheinlich nochmals markant ansteigen werde. Jedoch mehren sich die Stimmen bei Fachleuten, dass die Budgetempfehlung des Kantons zu hoch greife. Deshalb hat der Gemeinderat beschlossen, einen leicht reduzierten Pro-Kopf-Beitrag ins Budget einzustellen.

Gleicher Steuerfuss – dank Eigenkapital

Die Steuerfussdebatte wurde im Gemeinderat wie auch in der Planungskommission heiss diskutiert. Hätte die Gemeinde nicht noch ein finanzielles Polster (Eigenkapital), müsste jetzt schon gehandelt werden. Bevor jedoch dem Souverän eine Steuererhöhung beantragt wird, müssen sämtliche Register gezogen werden. In der Folge hat der Rat mehrere Sparrunden durchgeführt, um ein einigermaßen ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Es musste in sämtlichen Bereichen reduziert werden. Kommissionen, Schule, Technischer Dienst und Verwaltung waren entsprechend gefordert. Der Gemeinderat hat damit versucht, das vorhandene strukturelle Defizit zu minimieren, ohne den Unterhalt, respektive den Werterhalt seiner Infrastruktur augenmerklich zu vernachlässigen.

Dabei mussten auch unpopuläre Entscheide gefällt werden. Hier ein kleiner Auszug, welche Ausgaben der Sparschere zum Opfer gefallen sind: Ersatzbeschaffung und Neuanschaffungen von iPads für die Primarschule, Ersatzbeschaffung von IT in Schule und Verwaltung, verschiebbare Unterhaltspositionen sämtlicher Gebäude wie Schliesssystem oder Beleuchtungsersatz, Ersatz der Hecke beim Friedhof, Reduktion der Ausgaben des Räteblatts, Verschiebung des IT-Wechsels der Verwaltung oder Streichung von Planungsarbeiten.

Entsprechend resultieren folgende Kennzahlen: Bei einem Aufwand von CHF 9'005'912 und einem Ertrag von CHF 8'761'175 resultiert ein Defizit von CHF 244'737. Nettoinvestitionen sind im Betrag von CHF 489'800 vorgesehen, wobei knapp zwei Drittel zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung gehen. Der Gemeindeversammlung wird zudem ein unveränderter Steuersatz von 121 % für natürliche und juristische Personen beantragt.

Finanzielle Stabilität langfristig sicherstellen

Der Gemeinderat ist gefordert, wichtige strategische Fragestellungen zeitnah zu beantworten. Angesichts der angespannten finanziellen Lage der Gemeinde und der absehbaren Kürzungen bei den Staatsbeiträgen ist es erforderlich, die finanzielle Stabilität langfristig sicherzustellen. Eine Steuererhöhung könnte eine Möglichkeit zur Verbesserung der Einnahmesituation darstellen. Gleichzeitig ist es notwendig, die Ausgabenstruktur der Gemeinde kritisch zu hinterfragen und mögliche Einsparungen zu identifizieren.

Fragen wie die Nutzung von neuen Synergien, eine aktive Ausrichtung der Immobilien- und Landstrategie sowie Planungsinstrumente für die Infrastruktur müssen angegangen werden, damit der Gemeinderat die zukünftigen Ausgaben kennt. Aber auch auf der Einnahmeseite müssen Themen wie Baubewilligungsgebühren, Streichung von Subventionen im Bestattungswesen oder Parkgebühren analysiert werden. Letztlich entscheidet die Gemeindeversammlung vom Montag, 09. Dezember 2024 (19.00 Uhr, Mehrzweckhalle) über die meisten Massnahmen abschliessend. (as/bw)